**Pressemitteilung**

Berlin, 05.12.2019

Bezug:

Anlagen:

**Hubertus Zdebel, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 3.806

Telefon: +49 30 227-74332

Fax: +49 30 227-76332

hubertus.zdebel@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Münster:**

Achtermannstr. 19

48143 Münster

Telefon: +49 251 4909246

Fax: +49 251 4909352

**Bürgerbüro** **Mühlheim:**

Dickswall 14

45468 Mülheim an der Ruhr

Telefon: +49 208 30594510

Fax: +49 208 30594512

**Zdebel (DIE LINKE) zum Verbot von Brennelemente-Exporten:**

**Nicht auf halber Strecke stehen bleiben – Uranfabriken endlich in Atomausstieg einbeziehen**

Nach Medienberichten soll der Export von Brennelementen für ältere Atomkraftwerke nahe der deutschen Grenze nach dem Willen von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) per Änderung des Atomgesetzes verboten werden. Dazu erklärt der Bundestagsabgeordnete Hubertus Zdebel, Sprecher für den Atomausstieg der Fraktion DIE LINKE:

„Noch hat die Bundesregierung ja gar nichts beschlossen, aber sollte es tatsächlich zu einem Exportverbot von Kernbrennstoffen für ältere Atomkraftwerke nahe der deutschen Grenze kommen, wäre das ein Teilerfolg der Anti-AKW-Bewegung, die das genauso wie wir LINKEN schon seit Jahren fordert. Es wäre endlich Schluss damit, dass die maroden Meiler in Tihange und Doel sowie französische Uralt-AKWs nahe der deutsch-französischen Grenze aus Deutschland beliefert werden.

Allerdings bleibt Ministerin Schulze auf halbem Wege stecken. Denn die Uranfabriken in Gronau und Lingen blieben weiterhin vom Atomausstieg ausgenommen. Deshalb fordern wir LINKEN, dass die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen endlich in den Atomausstieg einbezogen werden. Beide produzieren Uranbrennstoff und sorgen dafür, dass weltweit AKWs weiterlaufen und somit neben Atomstrom auch Super-GAU-Risiken und hochradioaktiven Atommüll erzeugen. Es darf keine deutsche Beteiligung an der Atomenergienutzung mehr geben. Dass eine Stilllegung dieser Uranfabriken möglich ist, haben schließlich Rechtsgutachten im Auftrag des Bundesumweltministeriums gezeigt. Das muss nun auch endlich umgesetzt werden."